

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Sozialausschusses am 09.09.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Vorstellung Konzept Bürgerbus Willich Vorlage: FB2/0485/2021	4
3 Wohnen mit Service - Modell der WOGEDO in Düsseldorf Vorlage: FB2/0484/2021	5
4 Quartiersentwicklung "RheinEck" - überarbeiteter Letter of Intent zwischen GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und Stadt Meerbusch Vorlage: FB4/1368/2021	6
5 Kooperation mit App-Anbieter "Gut versorgt in..." Vorlage: FB2/0486/2021	7
6 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/1374/2021	8
7 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0489/2021	8
8 Anträge	9
9 Anfragen	9
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
11 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 17.11.2021	10
12 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula!! Zutritt nur für Geimpfte/Getestete/Genesene!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Linda Bähr	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Herrn Peter Vossen
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Anwesend bis 18.45 Uhr
Herr Bernd Parys	Sachkundiger Bürger	Anwesend bis 18.25 Uhr
Frau Gabriele Pricken	Sachkundige Bürgerin	
Herr Max Pricken	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Markus Frank
Herr Wolfgang Schwenzer	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Jonas Kräling

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Niklas Geppert		Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden	Ratsmitglied	
Frau Ann Luisa Kanders		
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Marc Möhr
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Herrn Josef Gather
-------------------	----------------------	-----------------------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Frau Stefanie Huthmann		Vertretung für Herrn Marco Nowak
------------------------	--	----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons	Behindertenbeauftragter
--------------------	-------------------------

Herr Oswald Hepner	Seniorenbeirat
--------------------	----------------

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Frau Beatrix Dreyer	Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel	Fachbereich 2
----------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

Herr Peter Vossen

Sachkundiger Bürger

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Möhr

Integrationsrat

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Josef Gather

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Heike Gabernig

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken Frau Ohlenforst-Jakobi von der Stadt Willich und Herrn Hepner, der erstmals als Seniorenbeauftragter an der Sitzung des Sozialausschusses teilnimmt. Er stellt die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung geäußert.

Anschließend wird Herr Hepner durch den Ausschussvorsitzenden und die Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Ausschusses verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Vorstellung Konzept Bürgerbus Willich Vorlage: FB2/0485/2021

Frau Ohlenforst-Jakobi vom Geschäftsbereich Stadtplanung der Stadt Willich bedankt sich für die Einladung und stellt das Konzept der Bürgerbusse in der Stadt Willich vor.

Der Vortrag ist dem Protokoll angefügt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken bedankt sich bei Frau Ohlenforst-Jakobi für den sehr informativen Vortrag.

Die sachkundige Bürgerin Frau Pricken bedankt sich ebenfalls für den interessanten Vortrag und zeigt sich überrascht, dass das Projekt in der Stadt Willich durch eine hauptamtliche Mitarbeiterin verwaltet wird. Sie fragt nach, ob Probleme mit den Verkehrsbetrieben bei der Wahl der Routenplanungen auftreten.

Frau Ohlenforst-Jakobi führt dazu aus, dass die Verkehrsbetriebe den geplanten Routenführungen der Bürgerbusse vorher zustimmen müssten und es dabei auch vorkomme, dass bestimmte Haltepunkte abgelehnt würden. Dann würde sie eine alternative Routenführung suchen und diese vorschlagen.

Ratsherr Mocka möchte wissen, woher die Initiative zur Gründung der Vereine stammt und wer für die Anwerbung der ehrenamtlichen Fahrer zuständig ist.

Nach Aussage von Frau Ohlenforst-Jakobi handelt es sich bei den Vereinsgründungen um eine reine Initiative der Bevölkerung. Die Verwaltung hat dies nur begleitend unterstützt. Die Rekrutierung der Fahrer erfolgt über Mund-zu-Mund-Propaganda in den einzelnen Stadtteilen.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, ob es nur das eine vorgestellte Finanzierungskonzept für den Bürgerbusbetrieb gibt und möchte weitere Informationen zu den eingesetzten ehrenamtlichen Fahrern.

Frau Ohlenforst-Jakobi rät, sich bezüglich der Finanzierung eines Bürgerbusses mit dem Verein Pro Bürgerbus NRW in Verbindung zu setzen. Insgesamt gäbe es vielfältige Finanzierungsmodelle.

Derzeit ist der älteste Fahrer 82 Jahre alt. Ab dem 65. Lebensjahr unterliegen die Fahrer einer jährlichen Fahrtauglichkeitsprüfung. Darüber hinaus kann jeder Fahrer den Umfang der Einsatzzeiten selbst bestimmen.

Für die Motivation der Fahrer ist eine gute Anbindung in einer funktionierenden Gemeinschaft sehr wichtig. Daher ist es unerlässlich, ihren Einsatz wertzuschätzen, z.B. durch Sommerfeste oder Dankeschreiben der Stadt etc.

Ratsherr Becker möchte wissen, ob auch andere Tickets des öffentlichen Personennahverkehrs als Fahrschein anerkannt werden.

Dies bejaht Frau Ohlenforst-Jakobi dahingehend, dass bei Fahrten zum Bahnhof der Fahrpreis von 1 € entfällt, falls ein Bahnticket vorgezeigt wird.

Ratsherr Bertholdt möchte weitere Informationen zu den Alterszusammensetzungen der Nutzer der Bürgerbusse.

Frau Ohlenforst-Jakobi führt dazu aus, dass die Hauptgruppe der Nutzer natürlich die Rentner ohne Auto sind, aber insgesamt gesehen die Nutzer alle Altersklassen umfassen. Für die Zukunft möchte sie sich zudem dafür einsetzen, dass die Bürgerbusse auch stadtteilübergreifend eingesetzt werden können, z.B. als Ärztebus, Sparkassenbus oder Ähnliches.

Ratsherr Bertholdt ist sich sicher, dass die Bürgerbusse im Rahmen der Mobilitätswende eine wichtige Rolle spielen können, und möchte wissen, ob dieses Modelle schon einmal gegengerechnet wurde.

Frau Ohlenforst-Jakobi verneint dies.

Ratsherr Bertholdt bekräftigt, dass die Bürgerbusse in das zu erstellende Mobilitätskonzept aufgenommen werden sollten.

Der Vorsitzende Herr Focken schlägt vor, dieses Thema in den Mobilitätsausschuss zu bringen. Zunächst müsse man natürlich einen Verein gründen oder einen bestehenden Verein finden, der sich dieses Themas annimmt.

Ratsfrau Niegeloß fragt nach, ob und wann das Thema einer Vereinsgründung bereits an die Bevölkerung herangetragen wurde.

Herr Annacker führt dazu aus, dass auf den Seniorenmessen und anderen Veranstaltungen für Senioren dieses Thema beworben wurde, sich aber bisher niemand bereit erklärt hat, sich des Themas anzunehmen. Die Verwaltung wird sich jedoch weiterhin bemühen, einen entsprechenden Träger zu finden.

Der Vorsitzende Herr Focken bedankt sich bei Frau Ohlenforst-Jakobi für den Vortrag.

3 Wohnen mit Service - Modell der WOGEDO in Düsseldorf **Vorlage: FB2/0484/2021**

Da Herr Sürkan von der Wogedo bis zum Beginn des Tagesordnungspunktes nicht eingetroffen ist, schlägt der Erste Beigeordnete Herr Maatz vor, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen und Herrn Sürkan erneut einzuladen.

Der Ausschuss schließt sich dieser Vorgehensweise an.

**4 Quartiersentwicklung "RheinEck" - überarbeiteter Letter of Intent zwischen GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und Stadt Meerbusch
Vorlage: FB4/1368/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den als Anlage 1 beigefügten überarbeiteten Letter of Intent (LoI) zwischen den Vertragspartnern GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und der Stadt Meerbusch zur Quartiersentwicklung „RheinEck“ aufbauend auf dem bisherigen Planungs- und Abstimmungsprozess.

Folgende Änderung soll jedoch noch in den Letter of Intent eingearbeitet werden:

Unter **3. Mietpreis- und Belegungsbindung:**

Alte Version:

Sollte durch die am 31.12.2021 auslaufende Sozialcharta ~~einzelnen den betroffenen~~ Mieterinnen oder Mietern eine Mieterhöhung mit einer unzumutbaren Härte treffen und wird dies der GWH plausibel dargelegt, ~~wird die GWH mit der betroffenen Mietpartei eine Einzelfalllösung treffen. wird eine Lösung gemeinsam mit der GWH gefunden. Ziel ist es, für die betroffenen Mietparteien eine Lösung zu finden, die dem Geist der auslaufenden Sozialcharta entspricht.~~

Neue Version:

Sollte durch die am 31.12.2021 auslaufende Sozialcharta ~~einzelnen den betroffenen~~ Mieterinnen oder Mietern eine Mieterhöhung mit einer unzumutbaren Härte treffen und wird dies **von** der GWH plausibel dargelegt, ~~wird die GWH mit der betroffenen Mietpartei eine Einzelfalllösung treffen. wird eine Lösung gemeinsam mit der GWH gefunden. Ziel ist es, für die betroffenen Mietparteien eine Lösung zu finden, die dem Geist der auslaufenden Sozialcharta entspricht.~~

Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende Focken verweist zu diesem Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des APL vom 17.07.2021. Die dort beschlossenen Änderungen der Textpassagen sind in dem anliegenden Letter of Intent eingearbeitet worden (dargestellt in rot).

Herr Annacker von der Verwaltung erläutert die Vorlage.

Herr Ratsherr Becker stellt fest, dass in dem überarbeiteten Letter of Intent alle gewünschten Änderungen der Parteien eingearbeitet wurden.

Er regt an, den TOP **3. Mietpreis- und Belegungsbindung** wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, zu ändern.

Der Ausschuss stimmt der Änderung zu.

Ratsfrau Niegeloh ist zuversichtlich, dass durch den Letter of Intent nun die Entwicklung des „RheinEck“ mit Leben gefüllt wird und qualitätsvolles Wohnen dort gestaltet werden kann.

Ratsherr Mocka möchte noch einmal klarstellen, dass nicht alle Änderungen aller Parteien in den Letter of Intent eingeflossen sind.

Ratsherr Bertholdt bemängelt folgende Formulierungen im Letter of Intent:

Punkt 2. Wohnungsbau im Letter of Intent: „Die GWH wird gemeinsam mit Unterstützung der Stadt Meerbusch versuchen einen anerkannten, möglichst sozialen Träger im Quartier zu gewinnen,....“

Was ist ein anerkannter, möglichst sozialer Träger?

Punkt 8. Sonstige Bestimmungen:

„Diese Vereinbarung gilt auch nach einem möglichen Verkauf an Dritte?“

Ist diese Formulierung rechtssicher?

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker stellt klar, dass die Formulierungen im Nachgang zu der gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Sozialausschusses gemeinschaftlich ausgearbeitet wurden.

Frau Pricken weist darauf hin, dass ein Letter of Intent nicht rechtsverbindlich ist.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz bekräftigt auch noch einmal, dass ein Letter of Intent nicht die Rechtsverbindlichkeit eines Vorvertrages besitzt.

**5 Kooperation mit App-Anbieter "Gut versorgt in..."
Vorlage: FB2/0486/2021**

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erläutert die Vorlage und führt dazu aus, dass derzeit über 29 Kommunen die App „Gut versorgt in...“ für sich nutzen. In Meerbusch soll sie als Ergänzung zu den gedruckten Senioreninformationen, wie dem Seniorenwegweiser, dienen. Der Stadt entstehen hierdurch keine Kosten.

Im Anschluss möchte Ratsfrau Niegeloh wissen, wer die App pflegt und woher die Daten kommen, die in die App eingepflegt werden.

Herr Annacker führt dazu aus, dass der Betreiber der App laufend Daten aus dem Internet recherchiert und auch die Stadt Vorgaben bezüglich der Inhalte einfließen lassen kann.

Ratsfrau Houdsen möchte wissen, ob die Stadt für die Teilnahme an der App werben wird. Nach Aussage von Herrn Annacker werden die ortsansässigen Unternehmer über die App informiert und angefragt, ob und in welcher Form sie in der App erscheinen möchten.

Der sachkundige Bürger Herr Geppert fragt nach, inwieweit auch die Installation der App den Senioren erläutert wird.

Frau Flintrop von der Verwaltung bekräftigt, dass die App sehr einfach zu installieren ist und dies auch die Senioren in Meerbusch schaffen werden.

Nach einer kurzen Diskussion über die Senioren-tauglichkeit der App fragt der Vorsitzende nach, ob es bereits Kommunen in der näheren Umgebung von Meerbusch gibt, die diese App nutzen.

Frau Flintrop bejaht dies und verweist auf die Stadt Düsseldorf.

Der Vorsitzende Herr Focken regt an, die App noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich dem Ausschuss vorzustellen.

6 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat **Vorlage: FB2/1374/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat den § 4 der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch wie folgt zu ändern:

- 1 Vertreter / Stellvertreter aller Meerbuscher Seniorenheime
- 1 Vertreter / Stellvertreter Caritas Neuss und Krefeld
- 1 Vertreter / Stellvertreter Diakonie Meerbusch
- 1 Vertreter / Stellvertreter Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPVW)
- 1 Vertreter / Stellvertreter Arbeiterwohlfahrt
- 3 Vertreter/ Stellvertreter selbstorganisierte Seniorengruppen

Der Satzungsänderung wird einstimmig zugestimmt. Zudem sollen semantische Änderungen vorgenommen werden.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt die Vorlage vor.

Anschließend erläutert der Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Hepner seine erarbeiteten Änderungen.

Ratsherr Becker regt an, in der Vorlage einheitlich die grammatische Form „Seniorenbeirates“ zu verwenden.

Der Ausschuss stimmt dem zu. Die Vorlage wird in der geänderten Fassung dem Protokoll angehängen.

Darüber hinaus hält es Ratsfrau Niegeloh auch für angebracht, die „weibliche Form“ in den Satzungstext aufzunehmen.

Fachbereichsleiter Annacker führt dazu aus, dass in einem alten Grundsatzbeschluss der Stadt festgelegt wurde, aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form zu verwenden.

7 Aktueller Sachstand Zuwanderung **Vorlage: FB2/0489/2021**

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz stellt die Vorlage vor und ergänzt dazu, dass es derzeit noch zu keinen größeren Flüchtlingsbewegungen kommt. Die von der Bezirksregierung angekündigte Zuweisung einer 6-köpfigen Familie einer afghanischen Ortskraft ist bisher nicht erfolgt, dafür wurde kurzfristig eine 8-köpfige Familie aus Afghanistan zugewiesen.

Die Erfüllungsquote nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz liegt zum 08.08.21 bei 90,76 %, dies bedeutet eine Aufnahmequote von 12 Personen.

Im Bereich der Wohnsitzauflagen liegt sie (Stand 08.08.21) bei 61,19 %, dies bedeutet eine Aufnahmequote von 232 Personen.

Der Vorsitzende Herr Focken bittet darum, zukünftig die Erfüllungsquoten in die Ausschussvorlagen aufzunehmen. Darüber hinaus fragt er nach dem Stand der Schließung der Unterkunft Fröbelstrasse und warum die Unterkunft in Bösinghoven aufgegeben wurde.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist bezüglich des Planungsstandes der Fröbelstrasse auf den hierfür zuständigen Planungsausschuss. Es liegen derzeit keine Erkenntnisse bezüglich eines Schließungstermines vor. In Bösinghoven wurde lediglich der angemietete Sanitärcontainer abgebaut, da die Unterkunft nicht mehr mit Flüchtlingen belegt ist. Dies kann jedoch jederzeit reaktiviert werden.

Ratsfrau Niegeloh bemängelt in diesem Zusammenhang den fehlenden sozialen Wohnungsbau. Im Bereich der Flüchtlingsunterbringung bzw. der Notunterkunft handele es sich derzeit nur um eine Verwaltung von Wohnungslosigkeit.

Ratsherr Becker möchte weitere Informationen zu den 36 Personen aus sicheren Herkunftsländern (Punkt V der Vorlage).

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist hierzu auf die Zuständigkeit der Ausländerbehörde.

8 Anträge

Keine Anträge

9 Anfragen

Keine Anfragen

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Thema: Lotsenpunkte

Der Caritasverband Krefeld ist bereit, einen Lotsenpunkt im Stadtteil Strümp zu realisieren. Da das ehemalige Gemeindezentrum aktuell noch bis Sommer 2022 für die Zwecke der Caritas umgebaut wird, soll bis zu diesem Zeitpunkt eine Interimslösung mit Anschluss an die Räumlichkeiten der Caritas in Osterath erfolgen.

Die Übergangslösung sieht in erster Linie einen mobilen Einsatz einer bereits zur Verfügung stehenden Fachkraft mit beträchtlichen Erfahrungen in der Beratung von Senioren vor. Der Caritasverband erarbeitet gerade ein Konzept. Mit dem Beginn der Übergangsregelung ist Anfang des Jahres 2022 zu rechnen.

Thema: Umstellung der Erbringungsform der Bildungs- und Teilhabeleistungen auf Geldleistung; Auszug aus dem Ergebnisprotokoll der außerplanmäßigen Sitzung der Sozialdezernenten am 24.08.2021

Der Rhein-Kreis Neuss prüft die Umstellung der Erbringungsform der Bildungs- und Teilhabeleistungen und präferiert eine Umstellung auf die Erbringungsform „Geldleistung“. Da die kreisangehörigen Kommunen von dieser Umstellung betroffen sein werden, hat Herr Kreisdirektor Brügge zu einer außerplanmäßigen Sitzung eingeladen, in der den Sozialdezernenten/Sozialdezernentinnen und ihren

Vertretenden die Gelegenheit gegeben wird, sich zu der geplanten Umstellung zu äußern und mögliche Bedenken vorzutragen

Herr Kreisdirektor Brügge teilt mit, dass im Vorfeld bereits mit Vertretenden der Wohlfahrtsverbände über die geplante Umstellung gesprochen wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Theven, wie sich die Vertretenden der Wohlfahrtsverbände zu der geplanten Umstellung positioniert haben, erklärt Herr Kreisdirektor Brügge, dass diese die geplante Umstellung grundsätzlich befürworten. Die Wohlfahrtsverbände sehen den Vorteil der Entstigmatisierung, geben jedoch zu bedenken, dass die Umstellung der Erbringungsform eventuell zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen könnte.

Herr Annacker weist darauf hin, dass in den Fällen, in denen die Gelder nicht zweckentsprechend verwendet werden, zivilrechtliche Schritte von den Anbietenden ergriffen werden müssen.

Herr Kreisdirektor Brügge erläutert, dass zu Beginn des Umstellungsprozesses eine vermehrte Nachweiskontrolle erforderlich sein wird. Die Nachweispflicht liegt hier bei den Leistungsberechtigten.

Herr Theven befürwortet grundsätzlich die Umstellung der Erbringungsform und weist auf die Erforderlichkeit des Kontrollsystems hin, um Missbrauch vorzubeugen. Er betont die Wichtigkeit der Evaluation, da die Erbringungsformumstellung und das damit einhergehende Kontrollsystem einen erhöhten Aufwand im Vergleich zum aktuell angewandten Direktzahlungsverfahren darstellen könnten. Es muss zudem genau nachgehalten werden, ob die Leistungen weitergeleitet werden. Sollte dies nicht der Fall sein, muss wieder auf das Direktzahlungsverfahren umgestellt werden.

Frau Steinhäuser steht der Umstellung auf Geldleistung grundsätzlich positiv gegenüber und fragt nach dem vorgesehenen Zeitfenster für die Umsetzung der Erbringungsformumstellung.

Herr Kreisdirektor Brügge führt dazu aus, dass die Umstellung der Erbringungsform am 15.09.2021 im Ausschuss für Soziales und Wohnen vorgestellt und beschlossen werden soll. Nach erfolgreicher Beschlussfassung wird gemeinsam mit dem Jobcenter Rhein-Kreis Neuss und den kreisangehörigen Sozialämtern das konkrete Vorgehen geplant.

Der Rhein-Kreis Neuss kalkuliert mit einer zweckwidrigen Verwendung in maximal 10 % der Fälle. Frau Gratz schlägt hierzu vor, die Leistung erst nach Vorlage eines entsprechenden Nachweises auszahlungen.

Herr Kreisdirektor Brügge äußert Bedenken hinsichtlich der Vorfinanzierungsmöglichkeiten. Die Leistungsberechtigten sind im Zweifel finanziell nicht in der Lage, die Aufwendungen in Vorleistung zu begleichen.

Herr Dückers erkundigt sich nach der Erfahrung der befragten Kreise und kreisfreien Städte, die für die Teilhabeleistungen bereits das Verfahren der Geldleistung nutzen. Frau Tichy erläutert, dass diese die Umstellung grundsätzlich als positiv empfinden, aber noch keine Zahlen evaluiert wurden.

Herr Krumbein wird Rücksprache mit seinen Mitarbeitenden aus dem Bereich BuT halten, um zu überprüfen, ob die Umstellung zu Mehrarbeit führt. Grundsätzlich steht er der Umstellung auf Geldleistung positiv gegenüber, eine Evaluation sollte nach sechs bis zwölf Monaten erfolgen.

Bedenken äußern alle Beteiligten bezüglich der analogen Anwendung der Umstellung der Erbringungsform im Bereich Asylbewerberleistungen.

Herr Brügge führt dazu aus, dass die Umstellung zunächst nur für den Bereich SGB II und SGB XII erfolgen soll, da der Rhein-Kreis Neuss für Leistungen nach dem AsylbLG nicht zuständig ist.

Im Ergebnis sind die Teilnehmenden der Auffassung, dass die Erbringungsformumstellung durchgeführt werden sollte und diese nach sechs bis zwölf Monaten zu evaluieren ist.

11 Termin der nächsten Sitzung: Mittwoch, den 17.11.2021

Termin der nächsten Sitzung ist der 17.11.2021 (Haushaltsberatung)

12 Verschiedenes

Ratsfrau Niegeloh hätte sich gewünscht, dass die Ergebnisse der Seniorenbefragung stärker in das neue Mobilitätskonzept einfließen würden.

Ratsherr Bertholdt zeigt sich verwundert über diese Anfrage, da seiner Meinung nach die Seniorenbefragung keine wesentlichen neuen Erkenntnisse gebracht hat, da z.B. die Ergebnisse nicht auf einzelne Stadtteile aufgeteilt werden konnten. Zudem stehe der Mobilitätsausschuss noch ganz am Anfang seiner Arbeit.

Darüber hinaus verweist Ratsherr Bertholdt auf das integrierte Handlungskonzept für den Stadtteil Meerbusch-Osterath (kurz IHKO), das im nächsten Planungsausschuss beschlossen werden soll. Dies beinhalte noch Mängel.

Dazu stellt der Vorsitzende Herr Focken fest, dass das IHKO eigentlich in den einzelnen Fachausschüssen beraten werden sollte, dies aber nicht geschehen sei.

Ratsfrau Houdson fragt nach dem Planungsstand der Sanierungsarbeiten in der Notunterkunft Strümper Strasse.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erläutert, dass SIm die Planungen weiter voranführt und den Bauantrag vorbereitet.

Meerbusch, den 21. September 2021

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Beatrix Dreyer
Schriftführer/in